

# UNITED FOR A JUST FUTURE

IndustriALL Global Union 3rd Congress  
14-15 September 2021

## **Entschließung zu Forderungen nach demokratischen Reformen in Eswatini**

Gewerkschaften, soziale Bewegungen und politische Parteien fordern seit Jahrzehnten demokratische Reformen, die Aufhebung des Verbots politischer Parteien und Meinungsfreiheit im Königreich Eswatini.

Es ist ein Land, in dem die Menschen weit unter der Armutsgrenze in bitterer Not leben. Es ist ein Land, in dem die Arbeitslosigkeit extrem hoch ist, in dem es keine Meinungsfreiheit gibt und in dem die Menschen von ihrem Land vertrieben werden, wenn der König entscheidet, dass er dieses Stück Land haben will. Der Staatsapparat wird eingesetzt, um die Menschen zu unterdrücken und zum Schweigen zu bringen.

Es ist ein Land, in dem der König mit seiner Familie einen verschwenderischen Lebensstil auf Kosten des Volkes von Eswatini führt, während ein Rentner oder eine Rentnerin mit viel Glück alle drei Monate gerade einmal R400 (\$27) erhält.

In den letzten Wochen kam es verstärkt zu Protestaktionen, bei denen mehr als 70 unbewaffnete Demonstrierende starben und viele andere durch die Polizei und die Verteidigungskräfte schwer verletzt wurden.

Willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen, Einschüchterungen, Drohungen und Gewaltakte gegen friedliche Demonstrierende, die ihr Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit wahrnehmen, sind an der Tagesordnung.

Unter Hinweis auf das langjährige Engagement von IndustriALL Global Union für die Achtung und den Schutz der Arbeitnehmer- und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit

- verurteilen wir die gewalttätigen und brutalen Angriffe auf unbewaffnete Demonstrantinnen und Demonstranten.
- verpflichten wir uns, das Volk von Eswatini in seinem Kampf für demokratische Reformen zu unterstützen.
- fordern wir die Achtung und den Schutz der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit.
- werden wir uns mit allen Organisationen bei ihren Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Menschen in Eswatini zusammentun.

- stehen wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der ganzen Welt in fester Solidarität an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und des Volkes von Eswatini.
- fordern wir einen nationalen Dialog für demokratische Reformen, die eine demokratische Wahl des Premierministers ermöglichen, und eine Überarbeitung der Verfassung des Landes, um die Übertragung der Exekutivgewalt vom König auf eine demokratisch gewählte Führung zu ermöglichen.
- muss König Mswati für die grausame und barbarische Folterung, Ermordung und Verfolgung von mehr als 70 Menschen in einer so kleinen Bevölkerung zur Verantwortung gezogen werden.
- fordern wir den Internationalen Strafgerichtshof auf, eine eigene Untersuchung der sinnlosen Ermordung friedlicher Demonstrantinnen und Demonstranten durchzuführen und alle Täter zu verhaften, einschließlich des Königs, unter dessen Befehl diese Morde stattfanden.
- fordern wir die UN-Menschenrechtskommission dazu auf, ihren Auftrag zu erfüllen und gegen die Menschenrechtsverletzungen in Eswatini vorzugehen.

IndustriALL wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Menschen in Eswatini zu unterstützen.

Unter Hinweis darauf, dass die Freiheit, sich friedlich zu versammeln, sowie Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung für die Menschen- und Gewerkschaftsrechte von grundlegender Bedeutung sind, und dass die Regierung von Eswatini die von ihr ratifizierten Konventionen der Vereinten Nationen, einschließlich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, einhalten muss, fordert die IndustriALL-Region Subsahara-Afrika die Regierung von Eswatini auf:

1. demokratische Räume zu achten und zu ermöglichen, damit die Menschen in Eswatini ihre Forderungen durch Proteste vorbringen können.
2. die gravierenden Menschenrechtsverletzungen und den Einsatz exzessiver und tödlicher Gewalt gegen Demonstrierende durch die Polizei und die Armee zu stoppen, die zum Tod von mehr als 70 Menschen geführt hat. Zudem werden noch mehrere Menschen vermisst. Die Strafverfolgungsbehörden müssen für Sicherheit sorgen und dürfen nicht dazu eingesetzt werden, unbewaffnete Zivilisten zu verletzen.
3. eine Untersuchung der Vereinten Nationen über den Tod von Zivilisten zu ermöglichen, wie es Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen fordern.

